

Trump und seine Gegner

USA: „Präsidentiale Tiraden“, FR-Meinung vom 18. Oktober

Es ist richtig, dass es zu wenig ist zu hoffen, dass sich Donald Trump als US-Präsident selbst demontiert. Zu sehr hängen Trump und die Republikaner an der Macht. Es kann durchaus sein, dass der brüllende und schreiende Präsident gerade mit diesen Aktionen noch Punkte bei seinen rassistischen und nationalistischen Anhängern sammelt. Das „America first“ des Präsidentschaftskandidaten hat leider in den USA noch allzu viele Anhänger und in der republikanischen Partei sind nicht genug Gegner Trumps zu sehen, die das Impeachment stützen könnten. Dennoch ist es richtig von den Demokraten, wenn sie versuchen, das Amtsenthebungsverfahren voranzutreiben. Sie brauchen einen Kandidaten, der in der Lage ist, vor allem die armen US-Bürgerinnen und -Bürger, von denen es leider viel zu viele gibt, zu überzeugen. Und der dies mit einer charismatischen Persönlichkeit erreicht. Das Impeachmentverfahren ist das Eine und Richtige, während die Kandidatensuche mit Festlegung auf einen Präsidentschaftskandidaten von den Demokraten beschleunigt werden muss. Die Mobilisierung der klassischen Wählerschichten der Demokraten für einen Präsidentschaftskandidaten oder eine Präsidentschaftskandidatin, der oder die Glaubwürdigkeit zum Ausdruck bringen, muss an erster Stelle stehen. Manfred Kirsch, Neuwied

Habeck Fleisch

Zu: „Ökolandbau alleine reicht nicht aus“, FR-Wissen vom 23. Oktober

„Wir müssen den Wachstumsfetisch infrage stellen!“, so Robert Habeck, Vorsitzender der Grünen. Recht hat er! Aber infrage stellen ist nicht genug! Es muss gehandelt werden! So gibt es Fleischproduktionsstätten ohne eigenes Land, ohne eigenes Futter also; und daraus folgt: auch kein Land für die unvermeidliche Gülle! Für holländische Massentierhalter ist das kein Problem. Futter kommt wahrscheinlich aus Brasilien, die Gülle kommt nach Deutschland, speziell nach NRW! Die Gülleverordnung lässt das zu, es ist also legal! Und das, obwohl die EU Deutschland wegen zu hoch belasteter Wasserwerte verklagen will! Im Bund gab es mal einen grünen Umweltminister, in NRW auch.

Den Gülletransport zu verhindern wäre nur ein kleiner Schritt und problemlos kurzfristig möglich! Der Import sowie Export von Gülle sollte, müsste EU-weit sofort verboten werden! Aber keine Regierung sollte die EU für eigene Untätigkeit vorschieben!

Und nun werden wir aufmerksam die Einwirkung der Grünen im Bundesrat auf das sogenannte „Klimapaket“ verfolgen!

Wolf Rüdiger Ladda, Hilchenbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel diskutiert mit anderen Journalisten im ARD-„Presseclub“ zur Frage: „Braucht Deutschland eine neue Außenpolitik?“
Sonntag, 27. Oktober, 12.03 Uhr
Presseclub, ARD

Nadja Erb moderiert die Lesung von Karen Köhler im Literaturhaus Frankfurt. Köhler stellt ihren ersten Roman „Miroloi“ vor, der es auf die Longlist des Deutschen Buchpreises geschafft hat.
Montag, 28. Oktober, 19.30 Uhr
Literaturhaus, Schöne Aussicht 2, Frankfurt

Bernd Hontschik spricht mit der Filmemacherin Leslie Franke nach der Vorführung von „Der marktgerechte Patient“: Über die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und die Zukunft unserer Krankenhäuser.
Dienstag, 29. Oktober, 19.30 Uhr
Naxos Kino, Waldschmidtstraße 19, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Wohin entwickelt sich Deutschland?“ Darüber und über die Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen reden die Linken-Bundestagsabgeordnete Martina Renner, der Grünen-Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin und der Wahlforscher Matthias Jung.
Donnerstag, 31. Oktober, 19 Uhr,
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt.

Pitt von Bebenburg hält die Eröffnungsrede zur Ausstellung „Wahrheitskämpfer. Portraits ermordeter und verfolgter Journalisten“.

Sonntag, 3. November, 18 Uhr.
Denkbar, Spohrstr. 46a, Frankfurt

So gut funktioniert unsere Demokratie

Zu: „Bundestag lehnt Tempolimit ab“, FR-Politik vom 18. Oktober

Wen vertreten unsere Abgeordneten eigentlich?

Nun sind die Grünen im Bundestag erwartungsgemäß gescheitert, womit das Thema dann wieder mal auf unbestimmte Zeit vom Tisch sein dürfte. Ich (Befürworter eines Tempolimits) möchte an dieser Stelle keine neue Diskussion entfachen, da Pro und Kontra zur Genüge bekannt ist. Vielmehr geht es mir darum zu hinterfragen, wie gut bei uns die Demokratie funktioniert. Umfragen haben ergeben, dass die Mehrheit ein Tempolimit befürwortet. Wenn ich dagegen das Ergebnis der Abstimmung (126 für, 498 gegen ein Tempolimit) betrachte, frage ich mich, wen unsere Damen und Herren Abgeordneten eigentlich vertreten. Schöne Aussichten! Winfried Gischewski, Mörfelden-Walldorf

Gute Gründe für ein Tempolimit

Worum geht es eigentlich? Es geht doch darum einen (oder mehrere) Menschen von A nach B zu bringen, okay, das soll so schnell wie möglich geschehen, es geht also um Zeitgewinn. Welche Zeitverluste bringen uns die Tempolimits 30/50 km/h in Städten oder 100 km/h auf Landstraßen? Um zu erkennen, dass es da nur um wenige Minuten geht, brauche ich keine Studien.

Für ein Tempolimit sprechen unbestreitbare Fakten: Weniger Treibstoffverbrauch also auch weniger Schadstoffe. Weniger schwere Unfälle, Verletzte und Tote. Weniger Reifenabrieb und Bremsenverschleiß. Weniger Drängler und Rechtsüberholer. Wahrscheinlich auch weniger Staus. Weniger Lärm! Gegen ein Tempolimit sprechen nur Emotionen. (Und die Autolobbyis-



Die CO₂-Emissionen müssen reduziert werden.

ROLF OESER

ten.) Zeitgewinne sind marginal und werden oft durch Staus wieder aufgefressen. „Freie Fahrt für freie Bürger“ ist auch mit Tempolimit möglich, oder? Gibt es denn in unseren Nachbarländern Schweiz, Österreich, Italien, Frankreich, Holland keine freie Fahrt? Komisch, dass die schneidigen Schnellfahrer, sobald sie über die Grenze fahren, sich dort doch auch (weitgehend) an die Tempolimits halten. Auch Herr Scheuer, oder? Na also, geht doch.

Wenn die Fronten so verhärtet sind, hilft nur ein Aufeinanderzugehen. Wie wäre es mit einem Kompromiss, zum Beispiel Tempo 150 km/h? Auch eine Staffelung für 2-, 3- oder 4-spurige Autobahnen ist denkbar. Wenigstens für eine Test- oder Übergangsphase. Ich würde keine Autos verbieten, auch keine 500- und mehr PS-Autos. Aber sie müssten wesentlich höher besteuert werden. Warum soll nicht jemand, der ein 300, 400 oder mehr PS-Auto hat, nicht das Doppelte oder mehr an Steuern bezahlen? Das trifft keine Armen, das zahlen diese Autobesitzer aus der Portokasse,

oder? Die Mehreinnahmen könnten für bessere und sicherere Straßen und Brückensanierung usw. verwendet werden.

Ulrich Altmann, Friedrichsdorf

Initiativen wie „Fridays“ werden dringend benötigt

Im Bundestag wurde der Grünen-Antrag für ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen abgelehnt. Infolgedessen bleibt Deutschland das einzige Land in der EU ohne Tempolimit auf Autobahnen.

Die SPD-Fraktion hatte vermerkt, dass sie den Koalitionspartner nicht überzeugen konnte. Soll das ein Grund sein, in namentlicher Abstimmung ein Tempolimit abzulehnen? Ist das Rückgrat der SPD-Abgeordneten zu Weichgummi mutiert? Es ist unglaublich, wie unsere Abgeordneten Gesundheit und Umweltschutz ignorieren. Es bleibt dabei, dass Bewegungen und Bürgerinitiativen wie „Fridays for Future“, Umwelthilfe u.a. benötigt werden.

Herbert Müller, Dietzenbach

Diskussion: frblog.de/tempolimit-2

Unsoziale Klimapolitik begünstigt Reiche

Zu: „Studie: Klimagesetz geht zulasten ärmerer Haushalte“, FR-Politik vom 18. Oktober

Eine Regierung wie die unsrige, die nach vielen Jahren Umverteilungspolitik zum Vorteil der Reichen und der Profite eine extreme Ungleichverteilung produziert hat, sich nun vom Druck der Straße zu Klimaschutzmaßnahmen gezwungen sieht, die die Lobbyisten der Konzerne gar nicht möchten, und die gleichzeitig an der Bewegung der Gelbwesten in Frankreich vorgeführt bekommt, dass unsoziale Klimaschutzmaßnahmen in dieser Situation vielleicht schwierig durchzusetzen sein könnten, ist in einer doppelten Zwickmühle: Es scheint, als müsse man Klimaschutz gegen die kurzfristigen Profitinteressen der Konzerne und soziale Maßnahmen gegen die bisher begünstigten Reichen betreiben.

Eine clevere, machiavellistische Politik weiß sich jedoch zu helfen: Zuerst entsorgt man den naheliegenden Vorschlag einer Kopfpauschale, mit der die Einnahmen aus einer effektiven

CO₂-Bepreisung gleichmäßig an die Bevölkerung zurück verteilt würden, womit mittlere und ärmere Haushalte, die unterdurchschnittlich Treibhausgas produzieren, ökonomisch von der CO₂-Steuer profitieren, stillschweigend im Papierkorb.

Dann verfasst man ein völlig unzureichendes und noch dazu unsoziales Klimagesetz. Gegenüber der zwangsläufig aufkommenden Kritik an den unzureichenden Maßnahmen kann man in allen Medien verkünden, dass man die Menschen mitnehmen müsse und den Bürgern aus sozialen Gründen nicht noch mehr Klimaschutz zumuten könne. Was dokumentiert, dass man die Klimakrise nicht verstanden hat oder nicht verstehen will.

Damit schürt man natürlich die berechtigten Ängste der vielen Verlierer des Neoliberalismus, die befürchten, dass auch die Klimakrise, wie schon zuvor die Finanzkrise, auf ihre Kosten ausgetragen wird. Und man in-

szeniert sich selbst als Beschützer der Armen und Betrogenen, der nicht zulässt, dass die extremen Forderungen der Klimaschützer ihre Existenz bedrohen. Also werden die verängstigten Menschen die Klimaschützer als ihre Feinde betrachten und die Regierung, als ihre Beschützer vor deren existenzbedrohenden Forderungen. Die mit den Klimaschützern verbündeten Parteien verlieren an Einfluss. Das Kapital bleibt von echten Klimaschutzmaßnahmen verschont. Die Reichen bleiben unbehelligt.

Ein genialer und perfider Plan. Er hat nur zwei Haken: die einen werden in die Hände der Klimaleugner der AfD getrieben, und die anderen durchschauen den Trick, eine willentliche unsozial gestaltete Klimapolitik als grundsätzlichen Widerspruch zwischen den berechtigten Interessen der Ärmern an Entlastung und den klimapolitischen Erfordernissen zu verkaufen.

Karl Höhn, Frankfurt